

Beschluss des Landesparteitags am 10.12.2023

Den queerpolitischen Aufbruch organisieren: Solidarisch für die Emanzipation queerer Menschen

Die Queerpolitik in Nordrhein-Westfalen ist uninspiriert. Queere Menschen, die hier ihre Heimat haben, verdienen mehr. Der Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ strotzt vor Allgemeinplätzen und Absichtserklärungen, ist bei den harten materiellen Fragen jedoch viel zu vage und ambitionslos. Der Aktionsplan muss endlich einen besonderen Schwerpunkt auf diejenigen in den queeren Communities legen, denen es besonders dreckig geht: Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Armutsbetroffene, Menschen mit Pflegebedarf, Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen, von Mehrfachdiskriminierung betroffene und illegalisierte Menschen.

Im Bund sieht es nicht viel besser aus. Mit dem Ausscheiden der CDU/CSU aus der Bundesregierung verbanden seinerzeit viele Menschen in den queeren Communities die Hoffnung auf einen queerpolitischen Aufbruch. Diese berechtigte Erwartung wurde in den letzten Jahren bitter enttäuscht. Bis auf das Schaffen und Verteilen von prestigeträchtigen Pöstchen hat die Bundesregierung queerpolitisch wenig zustande gebracht. Den queeren Communities hilft das gar nichts.

Das Selbstbestimmungsgesetz wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Der von der Ampel vorgelegte Entwurf ist empörend schlecht und primär von Misstrauen gegenüber trans, inter und nicht-binären Menschen geprägt. Das Gezerre innerhalb der Regierung trägt zur Vergiftung der gesellschaftlichen Debatte um geschlechtliche Selbstbestimmung bei, obwohl angesichts der zunehmenden Angriffe von rechts Solidarität und Geschlossenheit angezeigt wären. Das Gesundheitsministerium von Karl Lauterbach hat es bis heute nicht geschafft, Vorschläge zur lückenlosen und vollumfassenden Gesundheitsversorgung von trans, inter und nicht-binären Menschen vorzulegen, obwohl der Handlungsbedarf hier seit Jahren bekannt ist. Das jüngste Urteil des Bundessozialgerichts macht den Handlungsbedarf deutlich.

Der mit viel Pomp angekündigte nationale Aktionsplan „Queer Leben“ ist dramatisch unterfinanziert und bleibt weit hinter den Versprechungen der Regierung und den Erwartungen der Communities zurück. Soziale Bedarfe queerer Menschen spielen in dem Aktionsplan nur unzureichend eine Rolle. Hier bedarf es massiver Nachbesserung. Dazu muss die Expertise queerer Communities in Deutschland vollumfänglich einbezogen werden. Konkrete Konzepte in Bereichen wie z.B. Wohnungslosigkeit sind seitens der Träger vorhanden, dieses Potential darf nicht ungenutzt bleiben.

Die Bundesregierung kommt ihrer humanitären Verpflichtung nicht nach. Queere Träger beklagen bundesweit, dass es an humanitären Visa für Menschen aus Ländern fehlt, in denen sich die Lage für LGBTIQ* verschlechtert hat – darunter etwa Russland oder Uganda. Das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung für bedrohte Afghan*innen, mit dem explizit auch queere Menschen gerettet werden sollten, ist krachend gescheitert. Stattdessen verstärken die von Grünen und SPD geführten Ressorts des Inneren und Äußeren den Rechtsruck in der Asyl- und Migrationspolitik. DIE LINKE ist die Partei der Menschenrechte sowie der internationalen Solidarität und stellt sich dem entschieden entgegen.

Im ganzen Land herrscht Unruhe in den queeren Communities, weil sich Nachrichten über gewalttätige Übergriffe häufen – bis hin zu Angriffen auf Pride-Veranstaltungen. Der schreckliche Tod des trans Mannes Malte C. in Münster hat uns alle schockiert. DIE LINKE steht solidarisch an ihrer Seite. Der Staat muss seinem Schutzversprechen nachkommen und queeren Menschen durch Taten beweisen, dass ihre Gewalterfahrungen ernstgenommen werden. Es darf nicht sein, dass trans

Personen, die sich derzeit ohnehin in extremer Weise mit Übergriffen konfrontiert sehen, Angst haben müssen zur Polizei zu gehen, weil sie dort mit weiterer Diskriminierung und Schikanen rechnen müssen. Queere Selbsthilfe- und Selbstverteidigungsstrukturen werden künftig an Bedeutung gewinnen und dem muss die Politik Rechnung tragen.

Mittlerweile erleben wir, dass sogar CDU-Politiker*innen für ihre PR-Zwecke Regenbogentorten anschneiden. Das ist absurd. Wer verlässliche Verbündete für queere Menschen sind, entscheidet sie bei der konkreten Umsetzung von Ankündigungen, etwa bei den Haushaltsbeschlüssen. Wir brauchen eine Queerpolitik, die über Bürgerrechtsfragen hinausgeht und Geld in die Hand nimmt. Queere Infrastruktur muss als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge begriffen und verstetigt sowie flächendeckend ausgebaut werden.

DIE LINKE Nordrhein-Westfalen fordert u.a.:

- dass die Mittel für den Aktionsplan für queeres Leben in Nordrhein-Westfalen aufgestockt werden und u.a. ein eigenes Handlungsfeld „Prekäre Lebenslagen“ als Teil des Plans ausformuliert und ein besonderes Augenmerk auf den ländlichen Raum und prekarierte Stadtteile gelegt wird.
- einen Bildungsplan, in dem geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in angemessener Weise verankert ist sowie Richtlinien für die Inklusion queerer Kinder und Jugendlicher, sowie gegen deren Ausgrenzung und Diskriminierung
- dass das Land Nordrhein-Westfalen eine Anlaufstelle für wohnungslose LGBTIQ* einrichtet und vollumfassend ausstattet, sodass effektive Hilfe durch die Projektleitung geleistet werden kann.
- dass das Land Nordrhein-Westfalen ein Förderprogramm für alternative Wohnprojekte auflegt und die Bedarfe etwa von queeren Senior*innen oder LGBTIQ* mit Behinderung dabei explizit einbezieht.
- die Einrichtung einer Fachstelle LGBTIQ*, Alter und Pflege sowie eine Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.
- dass eine umfangreiche Studie zur sozialen Lebensrealität queerer Menschen in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben wird, auch mit dem Ziel, weitere Handlungsbedarfe zu identifizieren – insbesondere hinsichtlich der Schwerpunkte Wohnen, Gesundheit sowie Flucht und Migration.
- dass die Landesregierung gegenüber dem Bund für ein Selbstbestimmungsrecht eintritt, welches seinen Namen verdient und die zahlreichen aus den Communities unterbreiteten Verbesserungsvorschläge aufgreift – flankiert von einer inklusiven Gesundheitspolitik.
- den Ausbau der psychosozialen Beratungsangebote für queere Menschen, insbesondere im ländlichen Raum.
- dass ein Landesantidiskriminierungsgesetz eingeführt wird, das nicht nur queere Minderheiten in die Lage versetzt, ihre Rechte gegenüber dem Staat wirksam durchzusetzen, etwa in Bereichen wie dem Bildungswesen, der Verwaltung oder der Polizei – dazu zählt auch die Beweiserleichterung und die Möglichkeit von Verbandsklagen.
- dass die Landesregierung sich im Bundesrat für eine fortschrittliche Novelle des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einsetzt.
- den Ausbau und die Institutionalisierung der queeren Aufklärungs- und Anti-Gewalt-Arbeit, insbesondere der community-internen Selbsthilfestrukturen – von Opferberatung bis hin zur Selbstverteidigung.

- dass die Landesregierung die Abschiebung queerer Geflüchteter stoppt und gegenüber der Bundesregierung für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik eintritt.
- ein umfangreiches Programm zum Queer History Month im Februar 2025 und dazu die Vergabe von Forschungsaufträgen, die sich mit queerer Geschichte in Nordrhein-Westfalen befassen.
- die Verbesserung der medizinischen Versorgung für queere Menschen, insbesondere im ländlichen Raum. Hier müssen Anreize geschaffen werden, um die Zahl von Ärzt:innen mit queer-medizinischen Schwerpunkten deutlich zu erhöhen.
- den Einsatz der Landesregierung für klare, den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechende Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), durch die der Anspruch auf eine umfassende gesundheitliche Versorgung von trans, inter und nicht-binären Menschen endlich gewährleistet und der durch das Bundessozialgericht festgestellte rechtsfreie Raum beendet wird.